

Burka, Managerlöhne und Tempo 80

Mit der Forderung eines Verhüllungsverbots hat sich Mario Fehr als Meister der Provokation erwiesen

Wann verletzt ein Magistrat das Kollegialitätsprinzip, und wann äussert er bloss seine freie Meinung? Die Erfahrung zeigt: Je unerschrockener ein Politiker vorgeht, desto eher wird ihm verziehen.

cn. • Mitten im Sommerloch wirft der Zürcher Polizeidirektor Mario Fehr einen Stein in einen Teich und schaut dann seelenruhig zu, wie das Wasser Kreise zieht. Mit seiner Äusserung zum Burkaverbot hat er den dösenden Zürcher Politbetrieb wachgerüttelt und sich die Aufmerksamkeit der vereinigten Medien gesichert. Manche nennen seine Forderung eine Provokation, andere eine Fehlleistung, eines aber können ihm auch seine schärfsten Kritiker nicht vorwerfen: eine Verletzung des Kollegialitätsprinzips. Auch als Mitglied der

Zürcher Regierung ist Fehr frei, seine persönliche Meinung zu äussern. Eine Abstimmung über ein Burkaverbot steht nicht bevor, und einen anderslautenden Beschluss des Regierungskollegiums gibt es ebenfalls nicht.

Sozialdemokrat Fehr, der vor fünf Jahren mit dem besten und im letzten Jahr mit dem zweitbesten Resultat in die Zürcher Regierung gewählt wurde, hat sich einmal mehr als Meister der Provokation erwiesen. Die Forderung nach einem Burkaverbot dürfte ihn in der eigenen Partei zwar noch unbeliebter gemacht haben, seiner Popularität schadet sie hingegen nicht. Politiker, die sich nicht an Parteidogmen klammern, werden an der Urne oft belohnt.

Mario Fehr ist nicht der erste Zürcher Regierungsrat, der mit einer Äusserung für Aufsehen gesorgt hat. Allerdings beherrschen längst nicht alle Magistraten die Kunst, in der allgemeinen Aufregung die Fäden ruhig in der Hand

zu halten. Als die damalige freisinnige Baudirektorin Dorothee Fierz ohne Rücksprache mit dem Regierungskollegium die Einführung von Tempo 80 auf Autobahnen und ein Cheminéeverbot forderte, wählte sie angesichts der aufbrandenden Kritik die Flucht in den Trotz. Noch ungeschickter agierte der 2015 abgewählte grüne Justizdirektor Martin Graf. Mit jedem Fettnäpfchen, in das er sehenden Auges stapfte, verlor er etwas von seiner Popularität. Als er sich 2013 positiv über die 1:12-Initiative der Juso äusserte, die Managerlöhne begrenzen wollte, wurde das Kollegialitätsprinzip mehr als nur geritzt. Ebenfalls keine gute Figur machte Graf, als er die katholische Kirche eine «im Mittelalter stehengebliebene geschützte Werkstatt» nannte, wofür es sogar einen Rüffel aus dem Vatikan setzte. Endgültig zum Verhängnis wurde ihm dann seine Rolle im Fall «Carlos». Nachdem ein Jugendanwalt die Einzeltherapie des straffällig gewordenen

Jugendlichen öffentlich geschildert und die Affäre Fahrt aufgenommen hatte, hat Graf so lange kommunikative Haken geschlagen, bis der letzte Rest Glaubwürdigkeit verloren war. Das hinderte ihn am Tag seiner Abwahl allerdings nicht daran, den Jugendanwalt als Narzissten zu bezeichnen, dem die Frühpensionierung nicht ungelegen komme.

Deutlich kaltblütiger agierte die damalige SP-Bildungsdirektorin Regine Aeppli, als sie sich 2010 öffentlich gegen das regierungsrätliche Sparprogramm stellte. Die von der freisinnigen Finanzdirektorin Ursula Gut prognostizierten Milliardendefizite bezeichnete sie erst spöttisch als «Defizitwölkli am Finanzhimmel», um dann die bürgerliche Sparpolitik mit kalkuliertem Zorn als «Raubbau am Standort Zürich» zu geisseln. Regine Aeppli schaffte die Wiederwahl 2011 problemlos, wenn auch nicht glanzvoll.